

Quo vadis Peru?: Wahlen und Perspektiven für einen politischen Neubeginn

Steinhauf, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Steinhauf, A. (2001). *Quo vadis Peru?: Wahlen und Perspektiven für einen politischen Neubeginn*. (Brennpunkt Lateinamerika, 11). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443530>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 11

15. Juni 2001

ISSN 1437-6148

Quo Vadis Peru? Wahlen und Perspektiven für einen politischen Neubeginn

Andreas Steinhilf

Alejandro Toledo heißt der neue Staatspräsident Perus. Denkbar knapp konnte er sich in der Stichwahl am 3. Juni gegen seinen Widersacher Alan García durchsetzen. Im Gegensatz zum Vorjahr sind diese Wahlen, nach Meinung aller Beobachter, transparent und sauber vonstatten gegangen. Nun soll endlich der herbeigesehnte Wandel in der peruanischen Politik vollzogen werden. Tatsächlich jedoch beginnen erst jetzt die Fragen danach, wie es weitergehen soll. Denn den neu gewählten Präsidenten, der traditionsgemäß am 28. Juli sein Amt antreten wird, erwartet eine außergewöhnlich schwierige Aufgabe. Neben der Überwindung der extremen Wirtschaftskrise gilt es vor allem, die Institutionalität im Land und das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik neu aufzubauen sowie die Gewaltenteilung wiederherzustellen. Die zahlreichen Umfragen vor dem Urnengang haben allerdings auch eines gezeigt: Der neue Präsident genießt keineswegs hohen Kredit in der Bevölkerung. Zu ablehnend war die Haltung gegenüber beiden Stichwahl-Kandidaten. Zeitweise wollten gar nahezu 40% der Wahlberechtigten einen leeren bzw. ungültigen Stimmzettel abgeben, um so ihren Protest gegen beide Kandidaten zu dokumentieren. Die Zauberworte der neuen Regierung Toledo heißen indes Konsens und Konzertation. Dies wird unter den gegebenen Voraussetzungen und bei der Zusammensetzung des neuen Parlaments, in dem Toledos Partei Perú Posible nur 45 der insgesamt 120 Sitze innehaben wird, auch unbedingt nötig sein.

Sicherlich waren dies, bezieht man ihre lange Vorgeschichte mit ein, die mit Abstand turbulenteren Wahlen in der politischen Geschichte Perus. Seit dem kolossalen Wahlbetrug im Frühjahr vergangenen Jahres (*Brennpunkt Lateinamerika* Nr. 12-00) ist das Land nicht mehr zur Ruhe gekommen, und die Wählerschaft sah sich binnen weniger Monate einer erneuten Wahlschlacht ausgesetzt, freilich unter anderen Vorzeichen. Alle Wahlgänge zusammen genommen, war dies somit der vierte Urnengang innerhalb nur eines Jahres. Am Ende steht wieder einmal, wie schon so oft in Peru, die Hoffnung auf Aufbruch und Neubeginn. Auf alt Bewährtes konnte in den

letzten Jahrzehnten in der Tat kaum gesetzt werden. Was ihre Leidensfähigkeit betrifft, ist die peruanische Bevölkerung dabei sicherlich auf harte Proben gestellt worden. Niemals zuvor jedoch waren in der Öffentlichkeit der Pessimismus um die Zukunft des Landes sowie die Skepsis und das Misstrauen hinsichtlich der Fähigkeiten und Qualitäten der neuen politischen Führung derart ausgeprägt wie dieses Mal.

Vor den Neuwahlen: Das Szenarium nach Fujimoris Abgang

Nach dem skandalösen Abgang Fujimoris und der Vereidigung der Übergangsregierung unter Valen-

tin Paniagua im November des vergangenen Jahres (*Brennpunkt Lateinamerika* Kurzinformatio Nr. VI-00), wurde die politische Szenerie permanent von den Nachwehen des Systems Fujimori in Atem gehalten. Die beinahe tagtäglich aufgedeckten Skandale über das vergangene Regime und ihre geflohenen Machthaber erweckten in der Öffentlichkeit immer mehr den Eindruck, in den letzten zehn Jahren von einer Verbrecherorganisation und nicht von einer halbwegs legitimen politischen Führung regiert worden zu sein. Dabei waren es nicht nur die mittlerweile weit über die peruanischen Grenzen hinaus berühmt gewordenen Bestechungsvideos des weiterhin flüchtigen ehemaligen Geheimdienst- und Präsidentenberaters Valdimiro Montesinos (in Peru bekannt unter der Bezeichnung *Vladivideos*, von denen übrigens noch längst nicht alle gesichtet worden sind), die das Gefühl einer unsichtbaren, fortdauernden Präsenz jener finsternen Macht vermittelten. Auch das – wenn auch prekäre – politische Überleben vieler fujimoritreuer Abgeordneter sowie der (Rück)Überläufer im Parlament vermittelten zuweilen den Verdacht, dass die Geschicke des Landes, zumindest teilweise, auch weiterhin von den Strippenziehern der Montesinos-Mafia gelenkt würden.

So ist es denn kaum verwunderlich, dass die Positionierung der Kandidaten für die Neuwahlen sowie der Wahlkampf selbst noch ganz im Zeichen der „Dekade der Antipolitik“ (Degregori 2000) standen und teilweise vom Schatten des „*Fujimontesinismo*“ überdeckt wurden. Dies machte sich vornehmlich in der Art und Weise der Auseinandersetzungen zwischen den Kandidaten und ihren Anhängern im Wahlkampf bemerkbar, die kaum von politischer Programmatik, dafür aber um so mehr von gegenseitigen Vorwürfen und Anschuldigungen „unterhalb der Gürtellinie“ geprägt wurden. Dabei ging es zumeist um die Privatsphäre der Kandidaten, und man sprach bereits wieder von einem „schmutzigen Wahlkampf“. Aber auch die Gründung vermeintlich neuer politischer Gruppierungen, hinter denen sich fujimoritreue „Politiker“ verbargen, ließ zuweilen äußerste Skepsis über den Fortgang des Wahlprozesses aufkommen.

Dennoch hatte die relativ kurze Zeit von der Inthronisierung der Interimsregierung bis zu den Wahlen zu einem Gutteil auch positive und hoffnungsvolle Aspekte. So bemühte sich die Administration Paniagua erfolgreich um die Wiedererlangung der Unabhängigkeit der Justiz, die Einberufung einer Wahrheitskommission zur Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen in den letzten zwanzig Jahren sowie um die Reorganisation der von Montesinos Leuten kontaminierten Streitkräfte und des Geheimdienstes. Nicht zuletzt sorgte sie für den Übergang zu sauberen Neuwahlen. Diese Aufgaben erwiesen sich als z.T. äußerst schwierig, wurden jedoch, so die allgemeine Einschätzung,

von der Interimsregierung souverän und erfolgreich gemeistert.

Insgesamt hatten sich zunächst 17 Kandidaten und politische Gruppierungen für die vorgezogenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen eingeschrieben, von denen jedoch sechs bereits an der erforderlichen Mindestzahl von 120.000 Unterschriften für die Zulassung gescheitert waren. Die größte Überraschung war sicherlich die Kandidatur des Ex-Präsidenten Alan García, der, zurückgekehrt aus seinem kolumbianischen Exil, sofort wieder in die politische Szenerie eingriff. Zusammen mit der Kandidatur des zweimaligen Wirtschaftsministers unter Fujimori, Carlos Boloña, der mit seiner ad-hoc gegründeten Gruppierung *Solución Popular* ins Rennen gegangen war, ist sie zugleich die umstrittenste und konfliktgeladene Bewerbung gewesen. Aufgrund seiner problematischen politischen Vergangenheit im Zusammenhang mit dem Debakel seiner Regierung zwischen 1985 und 1990 räumte man García jedoch zunächst keinerlei Chancen ein. Man befürchtete vielmehr, dass die Kandidaturen von García und Boloña einen normalen Ablauf der Wahlen gefährden könnten. Um so größer war dann die Überraschung, als García kurz nach seiner Rückkehr im Februar laut Umfragen bereits auf ca. 12% der Stimmen kam. Dennoch galten anfangs Alejandro Toledo, Lourdes Flores, Fernando Olivera, Jorge Santistevan und Hernando de Soto als die aussichtsreichsten Kandidaten.

De facto gingen zwei traditionelle politische Parteien ins Rennen: Lourdes Flores mit der *Unidad Nacional*, hinter der sich ihre eigentliche politische Heimat, die traditionelle christdemokratische Partei Perus (*Partido Popular Cristiano* PPC) verbirgt, und eben Alan García mit der *Alianza Popular Revolucionaria Americana* (APRA). Der Rest waren politische Grüppchen und Bewegungen, kurzfristig ins Leben gerufen oder schon länger bestehend, jedoch mit wenig ausgeprägter interner Organisationsstruktur. Drei der Kandidaten besaßen überhaupt keine politische Vorgeschichte.

Der erste Wahlgang

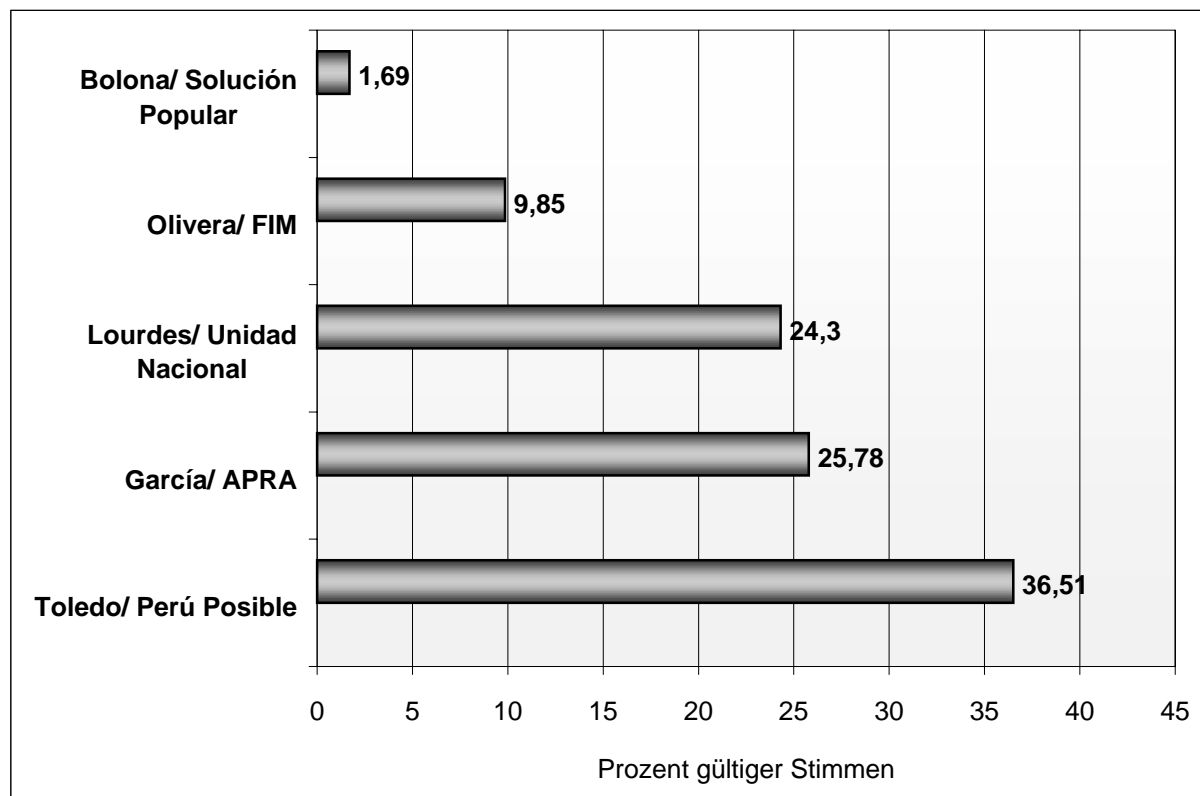
Hervorzuheben gilt sicherlich, dass anders als vor einem Jahr diese Wahlen nach übereinstimmender Meinung aller nationalen und internationalen Beobachter sauber und korrekt vonstatten gingen. Aus dem ersten Wahlgang, am 8. April, ging Alejandro Toledo als Sieger hervor, was wenige Beobachter überraschte. Erstaunlich und zugleich höchst brisant dagegen war der zweite Platz für Alan García, der knapp und unerwartet vor der ultrakonservativen Kandidatin Lourdes Flores die Teilnahme an der Stichwahl erreichte. Zumindest noch bis einige Wochen vor dem Urnengang hatte niemand mit Garcías spektakulärem Popularitätswachstum gerechnet. Sowohl bei vielen Peruanern, welche die

Chaosjahre der Regierung García noch in allzu frischer Erinnerung haben, als auch bei den ausländischen Geberländern und multilateralen Finanzinstitutionen dürfte dieses Ergebnis – aufgrund der seinerzeit katastrophalen Wirtschaftspolitik des APRA-Führers – Anlass zu schlimmsten Befürchtungen gegeben haben. Insbesondere potentielle Investoren betrachteten die Entwicklung von nun an mit großer Sorge. Der Aktienmarkt in Lima reagierte denn auch am Tag nach den Wahlen entsprechend empfindlich, und die Kurse fielen drastisch.

Erwartungsgemäß mit einer Demontage endete das Wahlergebnis für die Vertreter des ehemaligen Fujimori-Systems (mit ihrem wichtigsten Exponenten Carlos Boloña von *Solución Popular* an der

Spitze). Vom politischen System Fujimori ist demnach offiziell kaum etwas übrig geblieben: „Von 52 Abgeordneten der vergangenen Wahlen verbleiben gerade noch sechs, die sich auf *Solución Popular* und *Cambio 90/Nueva Mayoría* aufteilen“ (Kurzberichte Andenländer, FES, Nr. 8 – April 2001: 1). Während Toledo mit seinen mehr als 36% dennoch deutlich unterhalb der für ihn laut Umfragen erwarteten 40% der Stimmen lag, konnte García immerhin fast 26% für sich verbuchen. Den beiden Kandidaten Lourdes Flores und Fernando Olivera schien von nun an die für die Stichwahl so wichtige Funktion des „Züngleins an der Waage“ zuzukommen:

Abbildung 1: Ergebnis des ersten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen



Quelle: *El Comercio*, 11.4.2001, Resumen Semanal 1123 (die übrigen Kandidaten konnten lediglich weniger als 1% der Stimmen für sich verbuchen).

Das erst kürzlich offiziell bekannt gegebene endgültige Ergebnis der Wahlen zum Abgeordnetenhaus, die parallel zum ersten Wahlgang stattfanden, ergab die in Abbildung 2 aufgezeigte Sitzverteilung

Danach wird keine der Gruppierungen im Parlament über eine absolute Mehrheit verfügen, was eine Konsensbildung zu den wichtigen Themen notwendig machen dürfte.

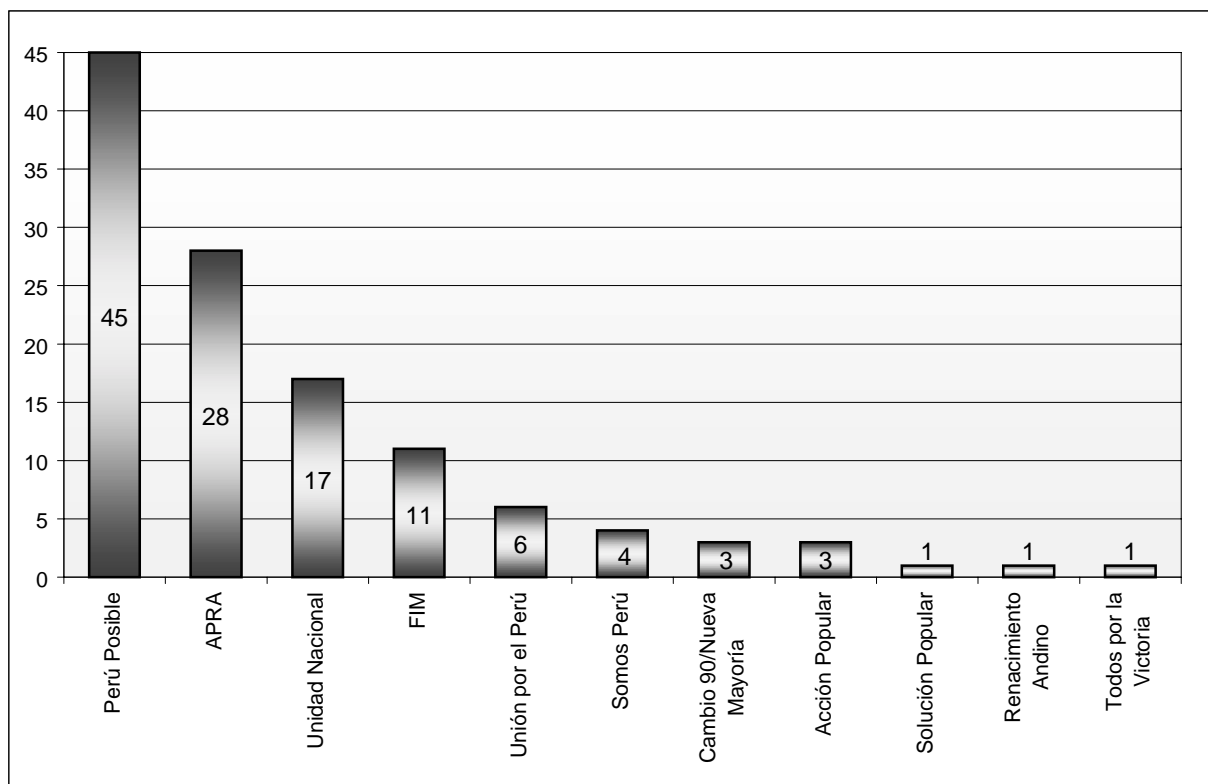
Augenscheinlich konnte García den Wahlkampf mitsamt seinen verbalen Entgleisungen zwischen

den beiden vermeintlich schärfsten Konkurrenten, Alejandro Toledo und Lourdes Flores, für sich nutzen und sich als erfahrener, zurückhaltender und weiser Staatsmann geben, der über solcherlei primitiven Scharmützeln steht. Zudem war seine Konzentration im Wahlkampf auf die innerhalb der Bevölkerung sensiblen Themen ländliche Entwicklung, Wirtschaft und Wasser-, Strom- und Telefon-tarife offensichtlich von Erfolg gekrönt. Tatsächlich konnte García das während des Wahlkampfes völlig verwaiste linke Spektrum für sich erobern und sich

als moderat linker Sozialpolitiker vermarkten. Zudem wandte er sich mit Bedacht vor allem an die jugendliche Bevölkerung, die dem Fujimori-System auf den Straßen öffentlich Paroli geboten hatte und keine negativen Erinnerungen aus Garcías erster Amtsperiode besaß. Sein vermeintlich unüberwindliches Manko, nämlich die Vorwürfe um seine Vergangenheit als Präsident, wusste er in dieser Phase geschickt zu überspielen. Als lachender Dritter, neben den beiden „Streithähnen“ Flores und Tole-

do, konnte er so an der eigentlich an zweiter Stelle erwarteten Kandidatin Lourdes Flores vorbeiziehen. Zudem rückte Garcías Vergangenheit dank der „Schlammschlacht“ zwischen Toledo und Flores in den Hintergrund. Angesichts des großen Vergessens der peruanischen Bevölkerung in Bezug auf Alan García sprach der Kolumnist einer peruanischen Tageszeitung sogar von „kollektiver Amnesie.“

Abbildung 2: Mandate der Fraktionen im Abgeordnetenhaus



Quellen: Radioprogramas del Perú, Website <http://www.rpp.com.pe/Elecciones2001>, 11.4.2001, DESCO, *Resumen Semanal* 1124, 22.5.2001, Kurzberichte Andenländer, Nr. 8 – April 2001, Friedrich-Ebert-Stiftung.

Zwar brachten Toledo seine Verdienste um den Sturz der Montesinos-Fujimori-Diktatur, die ihn für viele quasi zum Symbol des Widerstands sowie für einen politischen Aufbruch und Neubeginn werden lässt, seine ethnische Herkunft sowie der diskursive Rekurs auf die andine Kultur mit Abstand die meisten Stimmen ein. Dennoch hatten die im Zuge des Wahlkampfes gegen ihn erhobenen Vorwürfe über eine vermeintliche außereheliche Vaterschaft und Drogenkonsum ihre Wirkung nicht verfehlt: Statt der von ihm erwarteten absoluten Mehrheit verringerte sich sein Stimmenanteil um vier Prozent gegenüber den vorhergesagten 40%. Neben dem von seiner Vergangenheit belasteten Populisten García, machte auch Toledo den Eindruck einer wenig gefestigten und äußerst wandelbaren Persönlichkeit,

dessen Glaubwürdigkeit immer mehr in Frage gestellt wurde, und der sich keiner politischen Richtung zuordnen ließ.

Lourdes Flores galt von Beginn an als die Kandidatin der oberen sozialen Schichten und besaß demgemäß ihre Hauptwählerbastion in der Hauptstadt Lima. Zu Beginn des Jahres, insbesondere im Februar, hatte sie bereits eng zu dem Präsidentschaftsfavoriten Toledo aufgeschlossen. Von da an, als auch der „schmutzige Wahlkampf“ in seine heiße Phase eintrat, stagnierte ihr Rückhalt jedoch. Die Vorwürfe, durch die umstrittene Besetzung ihrer Parlamentarierliste als verkappte Vertreterin des *Fujimorismo* zu gelten, ihre Positionierung durch ihre politischen Gegner im ultrarechten Spektrum (es wurde immer wieder auf Opus-Dei-

Mitglieder auf ihrer Liste verwiesen) sowie rassistische Äußerungen ihres Vaters gegenüber Toledo während des Wahlkampfes konnte von ihr nie ganz entkräftet werden und verdrängten sie schließlich von dem noch eine Woche vor den Wahlen sicher geglaubten zweiten Platz und damit der Teilnahme an den Stichwahlen.

Nicht nur durch die rassistischen Äußerungen aus dem Umfeld von Lourdes Flores wurde der Wahlkampf von einer nicht zu übersehenden ethnischen Komponente geprägt. Der permanente Rekurs Toledos und seiner Frau, der belgischen Ethnologin Eliane Karp, auf andine Tradition und Kultur und die Tatsache, dass Toledo der erste ernstzunehmende Präsidentschaftskandidat und nunmehr gewählte Präsident bäuerlich-indianischer Herkunft in der politischen Geschichte Perus ist, verliehen diesen Wahlen jenes spezifisch ethnische Attribut. Das die ethnische Komponente im Wahlkampf im Verlaufe der verbalen Attacken zwischen den Anhängern von Toledo und Flores aus den Fugen und zu rassistischen Attacken geriet, zeigt nur, welche zentrale Bedeutung der Ethnizität im Vielvölkerstaat Peru zukommt und wie weit entfernt der Wahlkampf von programmatischen Inhalten gewesen ist.

Nach dem ersten Wahlgang wurde auch deutlich, dass die peruanische Wählerschaft beide Kandidaten für die Stichwahl äußerst skeptisch sah. Ungefähr ein Drittel der Wahlberechtigten stand ihren extrem populistischen Diskursen eher ablehnend gegenüber. Tatsächlich konnte der Wahlkampf – dies war freilich auch nicht zu erwarten gewesen – das verloren gegangene Vertrauen der peruanischen Bevölkerung in ihre Politiker nicht wiederherstellen.

Wahlschlacht und Stimmung vor der Stichwahl

Diese Tendenz nahm zwischen den beiden Wahlgängen sogar noch zu. Der relativ lange Zeitraum zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang hat letzterem eine Eigendynamik verliehen und in der Öffentlichkeit das Gefühl entstehen lassen, es handle sich um eine weitere, eigenständige Wahl. Der Überdruß innerhalb der Bevölkerung gegenüber der „Dauerwahlschlacht“ sowie die Unzufriedenheit und der Pessimismus im Hinblick auf die Zukunft des Landes wurden immer spürbarer. Mit den „Enthüllungen“ skandalöser Vorgänge aus den Privatsphären der beiden Stichwahlkandidaten konnte keiner der beiden das Vertrauen der Wählerschaft gewinnen. Während Toledo erneut des angeblichen Drogenkonsums und einer von ihm offensichtlich verheimlichten außerehelichen Vaterschaft bezichtigt wurde, warf man García Korruption, illegale Bereicherung und Amtsmissbrauch während seiner ersten Regierungszeit vor. In einer

späteren Phase, als die Nervosität der Kandidaten mit dem Heranrücken des Wahltermins immer mehr zunahm, wurde der geistige Gesundheitszustand des Ex-Präsidenten García angezweifelt und man sagte ihm nach, verschwörerisch mit dem flüchtigen Montesinos verbunden zu sein. Auf der anderen Seite wurden Toledo dubiose Machenschaften um seine Wahlkampffinanzierung unterstellt. All dies dokumentierte einmal mehr die Nachwehen des Fujimori-Systems und der Dekade der Antipolitik und ihren außergewöhnlichen Einfluss auf den Wahlprozess.

In diesem Kontext und vor dem Hintergrund inkohärenter Regierungsprogramme aus den Lagern beider Kandidaten bildete sich schließlich eine Art Boykott-Bewegung heraus, die die Wähler zur Abgabe leerer Stimmzettel aufrief (*voto en blanco*). An der Spitze dieser Bewegung standen zwei in Peru umstrittene Personen: der Sohn des weltberühmten Schriftstellers Mario Vargas Llosa, Alvaro Vargas Llosa, sowie der Journalist und Fernsehmoderator Jaime Bayly. Pikanterweise war Alvaro Vargas Llosa seit der Anti-Diktatur-Bewegung im vergangenen Jahr Mitglied des Toledo-Wahlkampfkomitees und einer der engsten Vertrauten des Kandidaten gewesen, setzte sich jedoch dann völlig überraschend und unter öffentlichen Anschuldigen gegen Toledo von diesem ab, um anschließend die Boykott-Bewegung mit anzuführen.

Im Zusammenhang mit der Kampagne um den Wahlboykott entwickelte sich eine kontroverse Diskussion über die Wahlpflicht als überholtes Konzept einer „autoritären Demokratie“: Die Wahl sei ein Recht und keine Pflicht; Peru würde mit der Wahlpflicht lediglich seine politische Rückständigkeit unter Beweis stellen, argumentierten die Befürworter des *voto en blanco*. Die Gegner indes verwiesen auf die Gefahren für die demokratische Entwicklung, sollten die ungültigen Stimmen mehr als 66% erreichen. Dann nämlich würden die Wahlen laut peruanischer Verfassung für ungültig erklärt und es entstünde ein für die Demokratisierung des Landes gefährliches Vakuum, da in diesem Fall das weitere Prozedere auch nach der Verfassung völlig ungenügend geregelt ist. Ab Mitte Mai schwollen der Prozentsatz der vermeintlichen Boykottwähler und die öffentliche Diskussion darüber derart an, dass die *voto en blanco*-Kampagne bereits als ernsthafte Bedrohung für den Wahlprozess wahrgenommen wurde. In verschiedenen Teilen der Zivilgesellschaft nahm die Sorge um die demokratische Legitimität der zukünftigen Regierung immer mehr zu. Die Glaubwürdigkeit beider Kandidaten in der Wählerschaft war damit an einem absoluten Tiefpunkt angelangt. Schließlich forderte García ein Gespräch mit Toledo, zwecks einer gemeinsamen Strategie, ein weiteres Anwachsen der Boykott-Tendenz zu verhindern.

Höhepunkt der Wahlschlacht vor dem entscheidenden Urnengang war die stets angekündigte, immer wieder verschobene und schließlich mit Spannung erwartete Fernsehdebatte zwischen den beiden Kandidaten. Sie wurde zu einem nationalen Ereignis hochstilisiert, brachte aber inhaltlich – wie nicht anders zu erwarten gewesen war – wenig neue Erkenntnisse, außer, dass beide Kandidaten mit Bergen von Versprechungen aufwarteten. Dennoch beeinflusste sie die Stimmung in der Wählerschaft, ging doch Alan García, jedenfalls nach Ansicht der Mehrheit der Beobachter, als Sieger aus der Debatte hervor (auch dies war eigentlich erwartet worden). Dies brachte dem Kandidaten der APRA einen leichten Stimmenzuwachs in den Umfragen. Gleichzeitig sank die Anzahl der potentiellen Boykottwähler nach der Debatte um immerhin acht bis zehn Prozentpunkte. Damit zeichnete sich kurz vor den Stichwahlen ein Kopf an Kopf-Rennen ab.

Ergebnis der Stichwahl und Perspektiven für eine politische Erneuerung in Peru

Die Stichwahl am 3. Juni konnte Alejandro Toledo schließlich mit 53% gegenüber 47% seines Widersachers Alan García knapp für sich entscheiden. Die „dritte Kraft“ der „Boykott-Wähler“ und ungültigen Stimmen ging mit unerwartet geringen 13% eindeutig als Verlierer aus der Wahlschlacht hervor. Damit lagen sie weit unter den noch vor Wochen prognostizierten 30-40%. Die Angst vor einer Rückkehr in die Vergangenheit im Falle einer neuerlichen Präsidentschaft Alan Garcías hat letztlich wohl doch den Ausschlag für die „Besinnung“ der vermeintlichen Wahlboykotteure und den knappen Sieg Toledos gegeben. Der Parteiführer von *Perú Posible* kam sozusagen mit dem Schrecken davon. Tatsächlich war García in den letzten Umfragen verdächtig nah an den neu gewählten Präsidenten herangekommen. Dabei dürften die skandalträchtigen Enthüllungen aus dem Privatleben Toledos für dessen Stimmenverluste im Verlaufe des Stichwahlkampfes sicherlich weniger entscheidend gewesen sein – hält man sich die Gewöhnung der Öffentlichkeit an derartige „Schlammschlachten“ vor Augen – als vielmehr seine sehr wenig souveränen Reaktionen darauf. Sie ließen bei vielen potentiellen Toledo-Wählern verstärkt das Gefühl entstehen, es bei dem Aspiranten auf das höchste Amt mit einer wenig integeren Person und einem eher instabilen Charakter zu tun zu haben. Zu sehr hatte er sich immer wieder in Widersprüche und wenig glaubhafte Erklärungen verstrickt.

Die Ergebnisse der Wahlen wurden von einigen Beobachtern bereits als Rückkehr der traditionellen Parteien in Peru interpretiert. Tatsächlich schnitten die beiden Gruppierungen aus dem traditionellen Spektrum, die daran teilnahmen, PPC unter dem Deckmantel von *Unidad Nacional* und APRA,

hervorragend ab und sind so quasi wieder von den „Toten auferstanden“. Die Gründe dafür liegen sicherlich in erster Linie in ihrer Teilhabe am Niedergang des Fujimori-Regimes. Zwar waren die Protagonisten dieser demokratischen Opposition, deren Aufbegehren gegen die Diktatur in der *Marcha de los Cuatro Suyos* gipfelte, hauptsächlich in der organisierten Zivilgesellschaft auszumachen. Aber auch die traditionellen Parteien nahmen daran teil und profitierten letztendlich bei den Wahlen davon.

Die Regierungsfähigkeit der neuen Administration muss indes erst noch gesichert werden. Da die Partei Toledos, *Perú Posible*, mit 45 von 120 Sitzen im Abgeordnetenhaus über keine Mehrheit verfügt (s. Abbildung 2), wird der neu gewählte Staatschef zwangsläufig eine Konsensregierung bilden müssen. Toledo wird deshalb versuchen, verschiedene politische Parteien und Gruppierungen sowie parteipolitisch unabhängige Kräfte, möglicherweise sogar den Verlierer der Stichwahl, in seine Regierung einzubinden. Alan García signalisierte noch in der Wahlnacht, als er dem Sieger gratulierte, öffentlich seine Bereitschaft, die zukünftige Regierung zu unterstützen, und traf sich bereits zu einem Vier-Augen-Gespräch mit dem neu gewählten Präsidenten. Die Kritiker Garcías warfen diesem vor, sich über eine Annäherung an den zukünftigen Regenten die Straflosigkeit (*impunidad*) für die Menschenrechtsvergehen aus seiner Amtszeit „erkaufen“ zu wollen. Das Hauptinteresse des APRA-Führers dürfte allerdings trotz seiner Unterstützungsbekundungen eher dahin gehen, sich schon jetzt langfristig für die Präsidentschaftswahlen in fünf Jahren zu positionieren und sein politisches Handeln dahingehend auszurichten. Mit seinem enorm hohen Stimmenanteil von 47% und dem einzig gut organisierten Parteiapparat im Rücken befindet er sich gegenüber Toledo unzweifelhaft in einer hervorragenden Ausgangsposition und kann diesen jederzeit in Schwierigkeiten bringen.

Toledo kündigte kurz nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses an, eine Regierung der Konzertation und des Dialogs bilden zu wollen. Wenige Tage nach den Wahlen unternahm er bereits die ersten erfolgreichen Versuche, Koalitionspartner zu gewinnen: Zu dieser Koalition würden demnach die Partei des Bürgermeisters von Lima und ehemaligen Präsidentschaftskandidaten, Alberto Andrade, *Somos Perú*, Fernando Oliveras *Frente Independiente Moralizador* (FIM), die Traditionspartei *Acción Popular* (AP) und die mit nur einem Sitz vertretene, eher unbedeutende Gruppierung *Renacimiento Andino* gehören. Eine solche Allianz würde zusammen auf 64 Sitze im Parlament kommen. Der große nationale Konsens und Konzertationsprozess, den Toledo mit seiner anvisierten Regierungskoalition anstrebt, wird jedoch möglicherweise trotzdem nur eine Fiktion bleiben. Schon in

der Vergangenheit haben sich derartige Allianzen in Peru zumeist als brüchig erwiesen. Fernando Olivera und die gewählten Abgeordneten seiner Gruppierung gelten in der politischen Szene Perus in der Tat als eher unsichere Kantonisten. Noch vor Monaten etwa beschuldigte Olivera Toledo, das mittlerweile berühmte Videoband Kouri-Montesinos (*Brennpunkt Lateinamerika* Nr. 19-00) nicht gekauft und an die Öffentlichkeit gebracht zu haben. Im Zusammenhang mit den Anschuldigungen gegen Toledo wegen dessen angeblichen Drogenkonsums kündigte er damals außerdem an, sich selbst jederzeit einem Drogentest unterziehen zu wollen, in Anspielung auf die Forderung seitens der Kritiker des neu gewählten Präsidenten, er solle sich einem solchen Test unterziehen. Langfristige Solidarität dürfte von dieser Seite äußerst ungewiss sein. Selbst aus den eigenen Reihen könnte Toledo jederzeit Ungemach drohen, denn die Fraktion besteht aus Abgeordneten unterschiedlichster Richtungen, von denen nur 25% Erfahrungen aus früheren Wahlperioden mitbringen. Strikte Loyalität gegenüber der Partei des Präsidenten wird somit kaum zu erwarten sein. Die jetzt eilig zusammengesuchte Mehrheit könnte also im schlimmsten Fall schon vor Ablauf des Jahres wieder verloren gehen.

Dennoch liegen in der von Toledo angekündigten gesamtgesellschaftlichen Konzertation die einzigen Hoffnungen und Chancen. Sie beruhen zum einen auf der hohen Professionalität der Berater Toledos und der Mitglieder seiner Fraktion, aber auch auf den Intellektuellen des Landes sowie anderen Teilen der Zivilgesellschaft. Letztere könnten eine weitaus aktivere Rolle spielen als bisher. Toledo versprach neben der Konzertation die Wiedereinführung der Gewaltenteilung, die Abschaffung der in der Verfassung Fujimoris von 1993 verankerten Möglichkeit der Wiederwahl eines Staatspräsidenten sowie eine Neuverhandlung von 20% der peruanischen Auslandsverschuldung. Zusammen mit seinen übrigen, unzähligen populistischen Wahlversprechen, die sich insbesondere auf die Verringerung der Arbeitslosigkeit und Armut bezogen, hat dies die Erwartungshaltung in der Bevölkerung enorm gesteigert, die sich von Toledo vor allem eine Verbesserung ihrer materiellen Situation verspricht.

Indes sehen die Perspektiven für einen zügigen und grundlegenden Wandel in Perus Politik und Gesellschaft derzeit, bei aller Hoffnung nach der Wahl Toledos, nicht allzu rosig aus. Zu sehr ist das Land in all seinen Bereichen von der Dekade der Antipolitik in Mitleidenschaft gezogen worden, zu lang sind die Schatten, die das System Fujimori geworfen hat. Es fehlen ökonomische, politische, soziale und institutionelle Stabilität, kurzum: es fehlt ein effizienter Staat, wie der peruanische Soziologe Julio Cotler es ausdrückte (Interview mit Julio Cotler in der Zeitschrift *Perú Económico*, Mai

2001), und mit ihm ein „Instrumentarium zur Umsetzung von politischen Vorgaben“ (Kurzberichte Andenländer, FES, Nr. 9 – Juni 2001: 2). In der Tat erwartet den neu gewählten Präsidenten ein äußerst schwieriges politisches Erbe aus der Fujimori-Zeit, bestehend aus korrupten Richtern und politisierten Militärs. Eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung wird es also sein, die seit nunmehr neun Jahren abhanden gekommene Autonomie des Kongresses sowie des Justizapparates wiederherzustellen und die Streitkräfte wieder der zivilen Macht unterzuordnen. Daneben muss die marode peruanische Wirtschaft wieder angekurbelt und aus ihrer extremen Krise herausgeführt werden. Vor allem aber gilt es – und dies wird die mit Abstand schwierigste Aufgabe sein –, das Vertrauen der Bevölkerung in Politik, politische Institutionen und den Staat wiederherzustellen. Aber auch die Aufklärung der immensen Korruptionsaffären und Verbrechen unter dem vorangegangenen Regime sowie während des zwölfjährigen Bürgerkrieges in Peru zwischen 1980 und 1992 wird eine zentrale Aufgabe der neuen Regierung sein müssen. Wenigstens hierbei kann Toledo auf der Arbeit der Interimsregierung aufbauen: Ende Mai ordnete die Administration Paniagua die immer wieder geforderte, jedoch stets auf die lange Bank geschobene Gründung einer Wahrheitskommission an. Ihre Aufgabe wird es sein, die Menschenrechtsverletzungen in Peru im Zeitraum von Mai 1980 bis Dezember 2000 aufzuklären.

Doch der neu gewählte Präsident wird wenig Zeit haben, all diese Aufgaben sowie die Erfüllung seiner übrigen Wahlversprechen in Ruhe anzugehen. Zu groß sind Skepsis und Misstrauen, zu gering der Rückhalt in einer Bevölkerung, die nach einem Jahrzehnt *Fujimorismo* und – nicht zu vergessen – fünf Jahren Regierung von Alan García (1985-1990), Politik als Korruption, Machtmissbrauch und permanente Lüge erfahren hat und dieser nunmehr überdrüssig ist. Auch der Rückhalt aus den übrigen politischen Lagern, die derzeit noch Toledo ihre Unterstützung zusichern, wird nur solange anhalten, bis der Erfolg ausbleibt und sich erster Widerstand aus Bereichen der Zivilgesellschaft regt. Tatsächlich sind die so lange vernachlässigten sozialen Forderungen aus vielen Teilen der peruanischen Gesellschaft an die neue Regierung enorm hoch: „Sollte Toledo in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit nicht schon ein paar Tore geschossen haben,“ so der politische Beobachter und Analytiker Augusto Alvarez, „wird es bereits den ersten großen Knall geben“ (*El Nuevo Herald*, 5. Juni 2001). Tatsächlich ist die Gefahr einer sozialen Explosion latent, sollten die sozialen Forderungen aus der Gesellschaft nicht bedient werden. Dies könnte, ähnlich wie etwa in Ecuador oder zuletzt auch in Bolivien, zu einem Klima der Gewalt und des sozialen Aufruhrs führen.

Derweil fand die Wahl Toledos – schließlich ist er ein ehemaliger Berater der Weltbank – auf den internationalen Finanzmärkten ein durchweg positives Echo: Am Montag nach der Stichwahl reagierten die Finanzmärkte sofort mit einer Stabilisierung des peruanischen Sol gegenüber dem US-Dollar. Die Kurse an der peruanischen Börse stiegen um 3,71% und die peruanischen Bradybonds kletterten an der New Yorker Börse. Ein zuversichtliches Zeichen von Außen, unbedingt nötig für die Reaktivierung der peruanischen Wirtschaft und die Durchsetzung der von Toledo angestrebten Politik, ist also immerhin schon einmal gegeben.

Quellen:

Degregori, Carlos Iván (2000): La década de la antipolítica. Auge y huida de Alberto Fujimori y Vladimiro Montesinos. IEP, Lima.

Friedrich-Ebert-Stiftung: Kurzberichte Andenländer Nr.8 / Nr. 9, Mai und Juni 2001.

Resumen Semanal, DESCO, Lima:
<http://www.desco.org.pe/rs-in.htm>

Que Hacer, DESCO, Lima:
<http://www.desco.org.pe/qh/qh-in.htm> - QH

Caretas: <http://www.caretas.com.pe/>

El Comercio: <http://www.elcomerciope.com.pe>

Radioprogramas del Perú:
<http://www.rpp.com.pe/Elecciones2001>

El País: <http://www.elpais.es/>

El Nuevo Herald: <http://www.elherald.com/>

Autorennotiz: Andreas Steinhaf, Ethnologe, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Iberoamerika-Kunde. Länderschwerpunkte: Peru, Ecuador und Bolivien. Themenschwerpunkte: Informeller Sektor, Migration, soziale Netzwerke, Multikulturalität und politische Akteure. E-mail: steinhaf@public.uni-hamburg.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Andreas Steinhaf; Textverarbeitung: Jens Urban

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IIK>